

Weiters haben die hohen direkten und indirekten Kosten des EU-Beitritts den Druck auf die Budgetsanierung wesentlich verstärkt. Die Beiträge sind jedoch als Investition zu betrachten, welche eine langfristig günstigere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sichert.

### **1.9. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**

Die zeitgerechte Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat für Österreich hohe Priorität. Der Wegfall der Wechselkurschwankungen in Europa verringert nicht nur die Unsicherheiten für Investoren, sondern schützt Österreich auch vor weiteren Abwertungen wichtiger europäischer Handelspartner, die sich auch nachteilig auf die Beschäftigungssituation in Österreich auswirken. Allerdings ist auch im Zuge der nicht zuletzt zur Verwirklichung der WWU europaweit notwendigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung auf Beschäftigungseffekte und soziale Verträglichkeit zu achten. Im Sinne gesamtwirtschaftlicher Überlegungen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts muß deshalb bei der Realisierung der WWU ein ausgewogenes Verhältnis zwischen monetären und realen Zielen (Wachstum, Beschäftigung) hergestellt werden.

Für Österreich ist es besonders wichtig, daß Italien, aber auch Schweden und Finnland, möglichst rasch Mitglied der WWU werden, damit die österreichische Industrie und Fremdenverkehrswirtschaft vor weiteren Abwertungen verschont bleiben. Der politische Entscheidungsspielraum bei den fiskalischen Konvergenzkriterien Staatsverschuldung und Budgetdefizit sollte daher genutzt werden, ohne jedoch die Konvergenzkriterien grundsätzlich in Frage zu stellen. Um ein wirtschaftliches, soziales und politisches Auseinanderdriften zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern an der WWU zu verhindern, sind darüber hinaus Maßnahmen zu treffen, die zweitens bei der Stabilisierung unterstützen und ihnen eine Perspektive für ein möglichst rasches Nachkommen in die WWU bieten.

Der Beirat drängt weiters darauf, daß in der WWU der beschäftigungspolitische Spielraum voll genutzt wird. Heute leidet die europäische Wirtschaft auch unter der mangelnden Koordination der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die Länder versuchen, ihre Standortposition entweder durch Abwertungen („beggar-my-neighbour“-Politik) oder durch Lohn- und Sozialabbau sowie Steuersenkungen zu verbessern. Weitere Steuerharmonisierung in der EU wird notwendig sein, um den Steuerwettbewerb zu stoppen. Die WWU bringt die Chance, wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, der auf nationaler Ebene verlorenging, auf europäischer Ebene – aufbauend auf die WWU – zurückzugewinnen.

### **1.10. Geldpolitik**

Die Realzinssätze und das Wirtschaftswachstum in Europa haben sich auseinanderentwickelt. Um die Investitionstätigkeit und die Budgetsanierung zu erleichtern, sollten die Zinsen in Europa langfristig möglichst niedrig gehalten

werden. In den USA ist es dem Federal Reserve System in den neunziger Jahren gelungen, durch eine pragmatische Geldpolitik die wirtschaftliche Dynamik zu beflügeln, ohne inflationäre Spannungen hervorzurufen. In Europa blieb die Geldpolitik dagegen über Jahre auf restriktivem Kurs, wie an der inversen Zinsstruktur bis 1994 abgelesen werden kann. Auf internationaler politischer Ebene bedeutet Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite auch Kampf gegen anhaltend hohe Realzinssätze. Die Europäische Zentralbank sollte angehalten werden, eine ausgewogene Geldpolitik zu verfolgen. Neben dem Stabilitätsziel darf in der Geldpolitik auch das Beschäftigungsziel nicht außer acht gelassen werden. Zur Koordinierung dieser Ziele sollten daher auch ein Mechanismus zwischen den Sozialpartnern als autonome KV-Partner und der unabhängigen EZB geschaffen werden.

### **1.11. Einkommenspolitik**

Für die Wettbewerbsposition innerhalb Europas spielen die Lohnstückkosten gemeinsam mit den Wechselkursen eine entscheidende Rolle. Die durch die Abwertungen wichtiger Handelspartner verursachte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit kann vor allem dadurch wieder wettgemacht werden, daß die Produktivität rascher und die Arbeitskosten schwächer als in den Abwertungsländern steigen. Die nationale Einkommens- und Lohnpolitik muß daher auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht nehmen, wobei die Bedeutung der Lohnpolitik, die in der Autonomie der Kollektivvertragspartner liegt, im Zuge der zunehmenden internationalen Verflechtung und des Wegfalles des Instrumentes der Wechselkurspolitik innerhalb der WWU zunimmt. Es ist zu erwarten, daß Österreich hier seine Vorteile aus der Konsumpolitik der Sozialpartner und den Erfahrungen als Hartwährungsland weiter ausspielen kann.

Die Lohnkostenentwicklung verdient auch besondere Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Reallohnflexibilität. Die Flexibilität, mit der die Reallohne auf Schocks reagieren, ist in Österreich relativ hoch, auch wenn es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre aufgrund externer Effekte (Wechselkursverschiebungen) kurzfristig zu Anpassungsproblemen kam. Die flexible Lohn- und Einkommenspolitik war damit in Österreich in der Vergangenheit ein wichtiger Eckpfeiler in der Verhinderung von Arbeitslosigkeit. In der Wirtschafts- und Währungsunion wird den Lohnbildungsprozessen noch entscheidendere Bedeutung bei der Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrads zukommen.

Angesichts der großen Einkommensunterschiede zwischen Österreich und den neuen Industriestandorten Südasiens und Osteuropas erscheint eine Anpassung an das viel niedrigere Niveau jedoch weder möglich noch wünschenswert. Eine hochentwickelte Volkswirtschaft, die Europalohnniveau erreicht hat, kann nicht wieder den Rückweg antreten, sondern sie muß das Produktivitätsniveau durch ständige Innovation anheben, um den hohen Lebensstandard aufrechterhalten zu können.